

Der Ausbau des parlamentarischen Systems

Die Reform des inneren Renaufbaues des Deutschen Reiches wird im Rahmen der seit Wochen festgelegten Grundlinien während der nächsten Tage zu Ende geführt werden. Auf die einschneidende Bedeutung der jetzt zu fassenden Beschlüsse deuten schon die andauernden Beratungen der maßgebenden Instanzen hin. Unter anderem hat heute mittag im Reichskanzlerpalais eine Beratung von Ministern und sonstigen leitenden Persönlichkeiten stattgefunden, an der auch der Kaiser teilgenommen hat.

Die bisher noch ausstehenden wichtigen Verfassungsänderungen werden schon morgen den Reichstag beschäftigen, dessen Plenum zu diesem Zweck noch eine Sitzung abhält. Es handelt sich um jene Änderungen in den Verhältnissen der Obersten Kommandogewalt, die auch im heutigen Leitartikel der „Vossischen Zeitung“ als notwendig bezeichnet worden sind. Es ist also anzunehmen, daß die neuen Gesetzesvorlagen, die den Reichstagsmitgliedern noch heute im Druck zugehen sollen, eine Abänderung der Artikel 63 und 64 der Reichsverfassung zum Gegenstande haben werden.

Dadurch wird die parlamentarische Regierung in die Lage versetzt, sämtliche Akte der Kommandogewalt mit ihrer Verantwortlichkeit zu decken. Am besten wird dies wohl durch die Schaffung eines Reichskriegsamtts mit einem verantwortlichen Staatssekretär an der Spitze geschehen, ferner dadurch, daß alle übrigen militärischen Instanzen zu diesem Amt in ein Verhältnis gebracht werden, das die Uebernahme der parlamentarischen Verantwortlichkeit für alle ihre Akte durch den Staatssekretär des Krieges ermöglicht.

Diese Verfassungsänderung ist nichts anderes, als die Durchführung einer Abtrotz, die bereits seit Wochen besteht. Auch sie gehört in den Kreis jener Maßnahmen, die grundsätzlich schon am 6. Oktober von den Mitgliedern der neuen Reichsleitung beschlossen worden sind. Es ist selbstverständlich, daß eine solche Neuordnung der Verhältnisse nicht ohne umfassende Vorbereitungen als Geschehnis vorgelegt werden konnte. Diese Vorbereitungen sind offenbar jetzt beendet, und es zeigt sich, daß der Präsident Wilson auf diesem Gebiete in seiner letzten Note nur Dinge gefordert hat, die das deutsche Volk bzw. seine Vertretung und die durch ihr Vertrauen eingesetzte Regierung schon vorher in allen Einzelheiten beschlossen hatten.

*

Die Antwortnote Wilsons bringt die Frage des Waffenstillstandes und der deutschen Regierungsform in einen Zusammenhang, der im Vordergrund der Erörterungen der Presse steht. Wir haben bereits im heutigen Morgenblatt eine Äußerung der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht, die sich scharf gegen den bisherigen Träger der Krone wendet. Das Blatt wiederholt in seiner heutigen Morgenausgabe diese Darlegung und schreibt:

„Wenn es sich nun wirklich darum handelt, ob Deutschland kapitulieren soll, oder ob man mit ihm frei über den Frieden verhandeln wird, dann steht die Entscheidung über diese Alternative zunächst beim Kaiser. Von seinem Entschluß wird für Deutschlands Zukunft und vor allem für die Entwicklung der Friedensfrage vieles abhängen. Dieser Entschluß könnte so manches, was in den letzten Jahrzehnten gesagt und getan worden ist, vergessen machen, und wir möchten hoffen, daß er bald und weise gefaßt würde.“

Etwas weniger deutlich äußert sich der „Vorwärts“. Immerhin erklärt auch er:

„Wir haben in der früheren Verteilung der Machtverhältnisse im Deutschen Reich stets eine Gefahr für unser Volk gesehen und nach ihrer radikalen Aenderung gedrängt. Die

Latschen haben uns in noch höherem Maße recht gegeben, als wir selbst in unseren dunkelsten Besirchungen geglaubt haben. Jetzt ist es Zeit, aus dieser Lehre rücksichtslos jede Konsequenz zu ziehen, welche die Notlage des deutschen Volkes fordert. Wilson ist übrigens im Irrtum, wenn er meint, daß die früheren Machthaber in Deutschland jemals wieder eine ausschlaggebende Rolle spielen könnten. Dazu sind sie viel zu sehr kompromittiert, ist die Verständnislosigkeit, mit der das Volk ihrem früheren und gegenwärtigen Verhalten gegenübersteht, viel zu groß. Es wird in Zukunft keine Macht in Deutschland geben, als das deutsche Volk, das seine politische Gewalt durch die Volkserhebung und die von ihrem Vertrauen gestützte Regierung ausüben wird. Was dazu noch notwendig ist, das muß geschehen, und insbesondere muß die Armee mit ihren Spitzen derart in das demokratische Ganze eingegliedert werden, daß über ihre Rolle, als die eines dienenden Gliedes, kein Zweifel bestehen kann.“

Das sozialdemokratische Blatt, dessen Optimismus gänzlich verfliegen scheint, sagt dann weiter:

„Nachdem wir das Programm Wilsons angenommen haben, wäre es widersinnig, sich mit der Waffe in der Hand ihm zu widersetzen. Aber die Gefahr dürfen wir uns nicht verbergen, daß am Friedenstisch das Wilsonprogramm als wesentliche Fülle sinken und der nackte Machttrieb des Siegers zum Vorschein kommen könnte. Wir müssen uns fragen, ob diese Gefahr durch weiteren Widerstand vergrößert oder verkleinert wird. Nur diese Frage, die durch nüchterne Abwägung der Möglichkeiten zu entscheiden ist, kann unseren Entschluß bestimmen. Die Gegner aber, die die Entwaffnung des deutschen Volkes verlangen, werden sich darüber klar sein müssen, daß man ein großes Volk auf die Dauer nicht wehrlos machen kann. Auf der Friedenskonferenz wird sich zeigen, ob der Krieg nur vertagt oder ob er wirklich abgeschlossen sein wird. In diesem Sinne sind Wilsons Ziel und Deutschlands Geschick untrennbar miteinander verbunden, und es wird sich entscheiden, ob die Geschichte den Präzedenzfall der Vereinigten Staaten zu den Unterlegenen dieses Krieges zählen oder ob sie ihn als den siegreichen Vorkämpfer einer großen Idee und als den größten Heilbringer der Welt feiern wird.“

Das sozialdemokratische „Hamburger Echo“ schreibt: „Wilson läßt keinen Zweifel darüber, daß er, wenn ihm und seinen Verbündeten zugunsten würde, mit dem deutschen Kaiser und dessen Generälen zu verhandeln, auf bedingungsloser Uebergabe bestehen würde. Diese Demütigung will er uns erpressen, wenn die neue Reichsverfassung so gestaltet wird, daß die bisherigen Herrscher Deutschlands bei den kommenden Friedensunterhandlungen, sowie bei allen künftigen internationalen Verträgen ausgeschaltet und an ihrer Stelle Vertreter des Volkes gesetzt sind. In diesem Falle wären also Verhandlungen ohne Uebergabe möglich. Die Schlussbemerkung in Wilsons Note kann aber auch als „Wink“ aufgefaßt werden, daß die Hohenzollern und ihr militärischer Anhang völlig auf die blinsbige Lenkung der Geschicke des deutschen Volkes verzichten sollen. Es muß sogar mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß im weiteren Verlaufe der Verhandlungen das deutsche Volk ganz eindeutig vor die Wahl gestellt wird, ob es den Frieden erhalten oder das bisherige Herrscherhaus behalten will. Um sich selbst und dem deutschen Volke diese Wahl zu ersparen, könnte Wilhelm II. etwa tun, was heute schon Millionen guter Deutscher von ihm erwarten, und das, wenn es nicht freiwillig geschieht, vielleicht die Mehrheit des Volkes doch einmal fordern wird. Es ist keine Schande, einer Uebermacht zu weichen, und Wilson ist nun einmal mächtiger als Wilhelm II., denn er führt heute das Wort nicht nur als Präsident des Nordamerikanischen Staatenbundes, sondern als Vorsitzender des ganzen, uns feindlich gegenüberstehenden Völkerbundes.“

Die „Germania“ meint, es liege keine Notwendigkeit vor, aus Wilsons Worten ein Verlangen nach Absetzung des Kaisers oder gar der Hohenzollern herauszulesen.

Die rechtsstehende Presse ist einig in der Forderung, die unfruchtbare Aussprache abzubrechen, da es sich wie die „Deutsche Tageszeitung“ in der Uberschrift sagt, nur darum handele, uns erst zu erniedrigen und dann zu vernichten.“ Die „Kreuzzeitung“ meint, der Autokrat Wilson wolle die Brandfackel der Zwietracht zwischen Herrscher und Volk werfen, aber selbst ein deutscher Republikaner könne seiner Forderung nicht das

Dhr. teilhen, auch er könne sich nicht von einem fremden Machthaber Vorwürfe machen lassen. — Gleichzeitig veröffentlichten die konservativen Blätter folgenden Beschluß, den die konservative Fraktion des Reichstages gestern gefaßt hat:

„In der heute veröffentlichten Note des Präsidenten Wilson wird die bedingungslose Kapitulation, die Entthronung des Kaisers, die Entlassung unserer Heerführer, die volle Unterwerfung unter einem Gewaltfrieden gefordert. Deutschland soll zuerst entehrt und wehrlos gemacht, dann vernichtet werden. Die Annahme dieser Bedingungen würde auf Geschlechter hinaus jeden Deutschen politischer Entrechtung und wirtschaftlicher Sklaverei ausliefern. Süd- und Westdeutschland sind unmittelbar bedroht; die deutschen Fluren, jedes Gehöft, jede Werkstätte wären der Willkür der Feinde, unsere Frauen und Kinder den Gewalttaten haßerfüllter barbarischer Horden preisgegeben. Will das das deutsche Volk und Heer, solange unsere Truppen in Feindesland stehen? Ein Volk, das unbezwingen schmachvollen Bedingungen sich unterwirft, verliert Ehre und Kraft für alle Zukunft. Die deutsche Ehre gebietet, daß die Regierung solche Zumutung zurückweist; die Sicherheit des Reiches erfordert, daß sie das deutsche Volk zum letzten Kampf aufruft. Heer und Volk sind nicht gewillt, auf Befehl unserer Feinde dem Kaiser und König die Treue zu brechen; noch lebt in beiden der Wille und die Kraft, einem Feinde, der bedingungslose Unterwerfung fordert, Widerstand zu leisten bis zum Aeußersten.“